Landkreis Uckermark
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Prenzlau, den 27.09.2016
Tel. 03984/70 1009

Niederschrift der 9. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 15.09.2016 - öffentlicher Teil

Datum: 15.09.2016
Zeit: 17:00 Uhr –18:24 Uhr
Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Frau Elke Grunwald	SPD/BVB	
Herr Christian Hartphiel	SPD/BVB	Vertretung für Frau Susan Jahr
Herr Herbert Heinemann	SPD/BVB	

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt	CDU	
Herr Josef Menke	CDU	Vertretung für Herrn Volkhard Maaß
Herr Andreas Meyer	CDU	
Herr Manfred Suhr	CDU	

Fraktion DIE LINKE

Frau Madlen Bismar	DIE LINKE	Vertretung für Herrn Heiko Poppe
Frau Sieglinde Knudsen	DIE LINKE	

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jürgen Mittelstädt	BLR

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP

Sachkundige Einwohner

Herr Jörg Kuschel	DIE LINKE
Herr Martin Schmidt	SPD/BVB

Verwaltung

Herr Frank Fillbrunn	2. Beigeordneter

Herr Michael Steffen	Amtsleiter Jobcenter
Herr Marko Ulrich	Amtsleiter Sozialamt
Frau Kathleen Machmer	Jobcenter / Eingliederung

Schriftführer

Frau Michaela Felgener	Büro des Kreistages

Abwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Frau Susan Jahr	SPD/BVB	entschuldigt
Herr Sebastian Tattenberg	SPD/BVB	

CDU-Fraktion

Herr Volkhard Maaß	CDU	entschuldigt

Fraktion DIE LINKE

Herr Heiko Poppe	DIE LINKE	entschuldigt

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Dr. Gernot Schwill	Grüne/RdUM	entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Frau Eva-Maria Meister	CDU

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Regler begrüßt den 2. Beigeordneten Herrn Fillbrunn, die weiteren Mitarbeiter der Verwaltung und die Mitglieder des ASGA.

Er stellt fest, dass 11 Ausschussmitglieder und 2 sachkundiger Einwohner anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Regler teilt mit, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Regler stellt fest, dass keine Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung vorliegen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung zu.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> *Ja: einstimmig*

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
   2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 8. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 26.05.2016 - öffentlicher Teil
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
8. Konzept zur Unterbringung und Integration von Asylbewerbern, Flüchtlingen und bleibeberechtigten Ausländern
   BV/524/2016/1
9. Änderung der Mitglieder des Beirates für Migration und Integration
   BV/565/2016
10. Bericht 1. Halbjahr 2016 - BuT-Berichterstattung
    BR/568/2016
11. Eckpunktepapier zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2017/2018
    BR/569/2016
12. Information zur Maßnahme der Aktivierung und beruflichen Eingliederung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte "EDV-gestützte vertiefte Kompetenz- und Potentialanalyse"
    BR/570/2016
13. Informationen zur Maßnahme der Aktivierung und beruflichen Eingliederung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte "Fit in Arbeit" für die Geschäftsstellen Prenzlau und Templin
    BR/571/2016
14. Informationen zu Änderungen im SGB II
    BR/572/2016

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 8. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 26.05.2016 - öffentlicher Teil
Vorlage: 149/2016

Herr Regler stellt fest, dass in der vorgegebenen Frist keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 8. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 26.05.2016 – öffentlicher Teil im Kreistagsbüro eingegangen sind und die Niederschrift somit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Regler weist darauf hin, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Entfällt, da keine Einwohner anwesend sind.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Regler stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

zu TOP 7: Anträge

Herr Regler teilt mit, dass keine Anträge vorliegen.

zu TOP 8: Konzept zur Unterbringung und Integration von Asylbewerbern, Flüchtlingen und bleibeberechtigten Ausländern
Vorlage: BV/524/2016/1

Herr Regler informiert, dass auf die Vorstellung des Konzeptes wegen seines großen Umfangs verzichtet wird. Er bittet die Anwesenden Fragen zu stellen.

Die Mitglieder des Ausschusses äußern sich positiv über das inhaltlich sehr umfangreiche und gut ausgearbeitete Konzept.

Frau Jahr stellt Fragen zum Punkt 3.5.2 (Seite 22) des Konzeptes. Sie möchte wissen, ob und wie die freien Träger der Jugendhilfe zukünftig involviert werden.

Herr Fillbrunn antwortet, dass derzeit keine konkreten Aussagen getroffen werden können. Die Mitwirkung der freien Träger der Jugendhilfe ist abhängig von der zukünftigen Entwicklung der Anzahl der im Landkreis ankommenden unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA). Aus heutiger Sicht ist der Landkreis mit der Zusammenarbeit mit den freien Trägern sehr zufrieden und möchte dies auch weiterhin beibehalten.

Herr Meyer fragt nach, ob seitens des Landkreises beabsichtigt ist, nach Inbetriebnahme der beiden Container in der Berliner Straße die Unterkunft in der Brüssower Allee aufzulösen? Wenn nein, wird die Unterkunft in der Brüssower Allee als dauerhafte Notunterkunft betrieben? Wird die Notunterkunft in Schwedt/O. für Flüchtlinge geschlossen? Wenn ja, wie viele Flüchtlinge sind dann noch in Schwedt/Oder? Oder sollen in Schwedt/O. keine Flüchtlinge mehr untergebracht werden?

Herr Fillbrunn informiert, dass eine Schließung der Notunterkunft Schwedt/Oder nicht beabsichtigt ist. Die Konzeption des Landkreises sieht vor, dass in allen 4 größeren Städten (Templin, Angermünde, Prenzlau, Schwedt/Oder) zukünftig Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Für Schwedt/Oder wird dies zukünftig voraussichtlich der Wohnverbund sein, für Prenzlau schwerpunktmäßig in der Berliner Straße. Für die Brüssower Allee sind die Schließung und der Freizug geplant. Allerdings werden gegenwärtig diese Liegenschaft sowie das OSZ in Schwedt/Oder, aufgrund der nicht absehbaren Entwicklung der Flüchtlingszahlen als strategische Reserve vorgehalten.

Frau Jahr erkundigt sich ob im Landkreis Uckermark auch die Wohnsitzauflage erteilt wird.

Herr Fillbrunn verneint dies. Dieses Gesetz greift im Land Brandenburg noch nicht.

Herr Hartphiel erkundigt sich nach dem aktuellen Stand hinsichtlich des Integrationsbeauftragten des Landkreises Uckermark.

Herr Fillbrunn informiert, dass sich die Besetzung der Stelle derzeit in Arbeit befindet.

Herr Meyer möchte wissen, wie die Kommunikation mit den 4 Städten zum Thema funktioniert. Erfolgt hier eine enge Zusammenarbeit?

Dies wird durch Herrn Fillbrunn bejaht.

Frau Knudsen fragt nach, ob es bei den Themen Schule und Sprachförderung Probleme gibt.

Herr Ulrich führt aus, dass es bei der Beschulung von Kindern generell keine Probleme gibt. Zu zeitlichen Verzögerungen kann es kommen, wenn die Zuweisungen von der Zentralen Aufnahmeeinrichtung erfolgen. Hier sind dann erst die Gesundheitsuntersuchungen maßgebend, um die Kinder in die Kita bzw. Schule zu bringen. Ohne diese Untersuchung erfolgt keine Aufnahme dieser Kinder in Kita oder Schule.

Herr Heinemann möchte wissen, wie die Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt funktioniert. Herr Ulrich erläutert, dass hier die Zusammenarbeit durch den Sozialen Dienst des Sozialamtes abgesichert ist. Weiterhin gibt es regelmäßige Beratungen mit allen beteiligten Institutionen.

Herr Meyer, Herr Heinemann, Herr Banditt und Herr Regler fragen nach den für den Landkreis entstehenden Kosten.

Herr Fillbrunn informiert, dass hier bewusst keine Kosten beziffert wurden, da noch die Kostenübernahme durch das Land unklar ist.

Frau Knudsen und Herr Heinemann plädieren für eine Zustimmung zum Konzept, unabhängig von den Kosten, um hiermit der Verwaltung eine Handlungsgrundlage zu geben und den Rücken zu stärken.

Herr Hartphiel schlägt vor, eine Darstellung der bisherigen Kosten vorzunehmen.
Herr Regler weist darauf hin, dass die Debatte zu den möglichen Kosten im Rahmen der HH-Diskussion erfolgen sollte.

Herr Fillbrunn empfindet die finanzielle Diskussion zum Thema in der Öffentlichkeit als problematisch und ein schlechtes Signal und bittet davon abzusehen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt das Konzept zur Unterbringung und Integration von Asylbewerbern, Flüchtlingen und bleibeberechtigten Ausländern.“

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig* *bei* *Enthaltung: 1*

zu TOP 9: Änderung der Mitglieder des Beirates für Migration und Integration
Vorlage: BV/565/2016

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag benennt auf der Grundlage des § 131 Abs. 1 i. V. m. § 19 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) und § 17 Abs. 4 Hauptsatzung des Landkreises Uckermark (Hauptsatzung) die in der Anlage aufgeführten Vertreter als Mitglieder des Beirates für Migration und Integration (Integrationsbeirat) für die noch verbleibende Dauer der 5. Wahlperiode des Kreistages Uckermark.“

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 10: Bericht 1. Halbjahr 2016 - BuT-Berichterstattung
Vorlage: BR/568/2016

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag, die Berichtsvorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen:

„Die Mitglieder des Kreistages nehmen den Bericht des Jobcenters Uckermark für das erste Halbjahr 2016 sowie zum Bildungs- und Teilhabepaket (erstes Halbjahr 2016) zur Kenntnis.“

zu TOP 11: Eckpunktepapier zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2017/2018
Vorlage: BR/569/2016

Frau Machmer erläutert das vorliegende Eckpunktepapier.

Herr Hartphiel fragt, ob die angegebenen Budget-Zahlen pro Jahr gelten.

Dies wird von Frau Machmer bejaht.

Herr Meyer spricht an, dass diese Thematik auch auf Landesebene behandelt werden muss.

Herr Kuschel erkundigt sich, ob die Möglichkeit gegeben ist, bei Bedarf finanzielle Mittel aus der Position „Aktivierung“ in die Position „Berufliche Weiterbildung“ zu investieren.

Herr Steffen informiert, dass die Rahmenbedingungen der einzelnen Positionen des Eckpunktepapiers sehr eng gefasst und festgelegt sind. Es besteht jedoch die Möglichkeit, bei Bedarf Umfinanzierungen vorzunehmen.

„Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Eckpunkte zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2017/2018 zur Kenntnis.“

zu TOP 12: Information zur Maßnahme der Aktivierung und beruflichen Eingliederung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte "EDV-gestützte vertiefte Kompetenz- und Potentialanalyse"
Vorlage: BR/570/2016

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, die Berichtsvorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen:

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Berichtsvorlage zur Kenntnis.“

zu TOP 13: Informationen zur Maßnahme der Aktivierung und beruflichen Eingliederung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte "Fit in Arbeit" für die Geschäftsstellen Prenzlau und Templin
Vorlage: BR/571/2016

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, die Berichtsvorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen:

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Berichtsvorlage zur Kenntnis.“

zu TOP 14: Informationen zu Änderungen im SGB II
Vorlage: BR/572/2016

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Berichtsvorlage zur Kenntnis.“

zur Kenntnis genommen:

gez. Gerd Regler
stellv. Ausschussvorsitzender

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Michaela Felgener
Schriftführerin